



Indien: Religiös motivierte Gewalt

In Indien hat nach jüngsten Meldungen religiös motivierte Gewalt gegen Minderheiten in erschreckendem Maß zugenommen. Seit dem Erdrutschsieg des Hindu-Nationalisten Narendra Modi und seiner Indischen Volkspartei (BJP) vor zwei Jahren haben radikale hinduistische Vereinigungen wie die Nationale Freiwilligenorganisation (RSS) die Verfolgung und Diskriminierung von Christen und Muslimen auf ihre Fahnen geschrieben und haben Andersgläubige zum Religionswechsel gezwungen oder ermordet.

Es ist Ziel des RSS, aus dem multireligiösen Indien einen hinduistischen Gottesstaat zu machen, in dem Andersgläubigen nur die Flucht bleibt. 80 Prozent der rund 1,2 Milliarden Indier sind Hindus, knapp 13 Prozent Muslime, 2,3 Prozent Christen. Etwa 4 Prozent der Bevölkerung sind bekennende Sikhs, Buddhisten, Parsen oder Anhänger des Jainismus.

Das Aktionsbündnis der protestantischen Kirchen und der Katholischen Bischofskonferenz Indiens forderte im vergangenen März in einer vielbeachteten Erklärung eine Gleichstellung der zur Kaste der Dalit gehörenden Christen mit den hinduistischen Kastenmitgliedern, denen die indische Verfassung politische, wirtschaftliche und soziale Förderprogramme garantiert (Kath.ch).

AfD-Vorsitzende fordert „Inseln“ für abgelehnte Asylbewerber

Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry hat in einem Interview mit der BILD-Zeitung gefordert, aus dem Bundesamt für Migration (BAMF) baldmöglichst eine „Rückwanderungsbehörde“ zu machen. Aufgabe dieser Behörde sollte es dann sein, so Petry, abgelehnte Asylbewerber auf zwei Inseln zu verbringen – Frauen und Männer getrennt.

Eine ähnliche Einwanderungspraxis hat seit einiger Zeit in Australien Geltung. Das Land unterhält auf der Pazifikinsel Nauru und auf der Insel Manus in Papua-Neuguinea Lager für Asylsuchende, die versuchen, per Boot nach Australien zu gelangen und dabei auf offenem Meer abgefangen werden. Menschenrechtler haben wiederholt die prekäre Situation der Flüchtlinge in diesen Lagern kritisiert.

Philippinen: Protest gegen illegale Hinrichtungen

Die katholische Kirche auf den Philippinen hat beim Ende Juni 2016 neugewählten Präsidenten des Inselstaates, Rodrigo Duterte, heftigen Protest gegen die von ihm gebilligten öffentlichen Hinrichtungen von Drogenhändlern und Süchtigen eingelegt. Mehr als 850 Menschen sollen innerhalb von 6 Wochen getötet worden sein. Im Wahlkampf hatte Duterte angekündigt, dass er 100.000 „Kriminelle“ töten lassen werde.

Der Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz der Philippinen, Erzbischof Socrates Villegas (Dagupan), sprach von einem „Alptraum“. Werde das Blutvergießen nicht gestoppt, folge auf die „Generation der Drogensüchtigen“ eine „Generations von Straßenmördern“. Im Namen der Bischofskonferenz forderte er die Polizisten und Ordnungshüter des Landes auf, während ihres Dienstes immer erst mit den Verdächtigen zu verhandeln: „Schießen, um zu töten, darf man einzig und allein aus Notwehr oder um andere zu schützen.“

Die Philippinen sind aufgrund der spanischen Kolonialzeit das einzige vorwiegend christlich geprägte Land Asiens. Von den rund 100 Millionen Einwohnern des Inselstaates sind 83 Prozent Katholiken, sieben Prozent Protestanten und fünf Prozent Muslime.

Deutscher Caritasverband besteht 100 Jahre

Die Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) haben die Arbeit der Caritas als unverzichtbar gewürdigt. "Kirche ist ohne Caritas nicht Kirche", sagte DBK-Vorsitzender Kardinal Reinhard Marx anlässlich des 100. Jahrestags der offiziellen Anerkennung des Deutschen Caritasverbandes durch die Bischöfe am 23. August 1916.

Der Deutsche Caritasverband ist derzeit der größte Wohlfahrtsverband in Deutschland. Aktuell arbeiten 590.401 Menschen in den 24.248 Einrichtungen und Diensten, die der Caritas bundesweit angeschlossen sind. Sie werden von rund 500.000 Ehrenamtlichen und Freiwilligen unterstützt. Zu dem Verband hatten sich 1897 zahlreiche katholische Sozialverbände und

lokale Caritasvereinigungen zusammengeschlossen.

Marx betonte mit Blick auf das Katastrophenhilfswerk "Caritas international" und den internationalen Zusammenschluss der Caritasverbände, dass aus der Anfangsidee ein weltumspannendes Netzwerk geworden sei. Das Handeln der Caritas sei Teil der christlichen Botschaft und Zeugnis der Liebe Gottes zu den Menschen. Die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Caritas gingen - wie Papst Franziskus es fordere - an die Ränder der Gesellschaft. Caritas-Präsident Peter Neher betonte, durch die Gründung des einheitlichen Verbandes sei die Caritas eine wichtige Stimme in sozialpolitischen und gesellschaftlichen Debatten geworden. Ziel des Caritas-Gründers Lorenz Werthmann sei es auch gewesen, die caritative Arbeit fachlich zu qualifizieren.

Neue Kardinäle im November

Nach einem Bericht des von den Jesuiten der USA herausgegebenen "America Magazine" wird zum Abschluss des Heiligen Jahres ein Konsistorium stattfinden, in dem voraussichtlich 13 neue Kardinäle kreiert werden. Die Namen der neuen Purpurträger, so die Zeitschrift, würden Mitte Oktober bekannt gegeben.

Wie es heißt, sollen die Erzbischöfe von Barcelona, Juan José Omella, und von Madrid, Carlos Osorio, relativ sichere Kandidaten sein. Ansonsten solle aber eine nochmalige absolute Mehrheit der Europäer bei der nächsten Papstwahl durch die Ernennung zahlreicher neuer nicht-europäischer Purpurträger de facto unmöglich gemacht werden.

Derzeit kommen von den 107 wahlberechtigten Kardinäle 51 aus dem alten Kontinent (fast die Hälfte aus Italien); Zentral- und Südamerika hat 15 Kardinäle, Nordamerika 13, Asien 13, Afrika 12 und Ozeanien drei. Heute gibt es Wähler aus 59 verschiedenen Ländern, aber Franziskus will sicherstellen, dass die Idee der Universalität der katholischen Kirche noch stärker zum Ausdruck kommt. (KAP)

Brasilien: Staudammprojekt am Tapajós gestoppt

In Brasilien hat die staatliche Umweltbehörde IBAMA vor kurzem den Stopp des Genehmigungsverfahrens für das Staudammprojekte am Rio Tapajós im Amazonasbecken verfügt. Die Behörde folgt damit einer Empfehlung der Staatsanwaltschaft des Bundesstaates Pará, in dem der Staudamm gebaut werden soll.

Zuvor hatte die für die Interessen der indigener Völker zuständige Bundesbehörde FUNAI gefordert, dass die Landrechte des Volkes der Munduruku geschützt werden müssten. Ihr Lebensraum sei durch den geplanten Staudamm bedroht. Das Bischöfliche Hilfswerk MISEREOR hatte im Rahmen seiner diesjährigen Fastenaktion auf die Situation der Munduruku aufmerksam gemacht und die Wahrung ihrer Rechte eingefordert. In einer Petition gegen das Staudammprojekt waren mehr als 50.000 Unterschriften zusammen gekommen.

"Die Entscheidung der Umweltbehörde ist ein großer Schritt nach vorn. Wir freuen uns, dass das Engagement unserer zivilgesellschaftlichen Partner in Brasilien erste Früchte trägt. Auch die vielen Unterzeichner unserer Petition hierzulande und in Brasilien haben ganz offensichtlich inzwischen zu einem Umdenken geführt", sagte MISEREOR-Hauptgeschäftsführer Pirmin Spiegel. Allerdings fehlten noch entscheidende Schritte zu einem endgültigen Aus des Staudamm-Projekts, betonte er. Angesichts der derzeitigen politischen Situation in Brasilien falle es schwer, der Verbindlichkeit von Entscheidungen zu vertrauen.

Papst nennt Gender-Mainstreaming „reine Ideologie“

Papst Franziskus hat entwicklungspolitisch betriebenes Gender-Mainstreaming als eine Form der «ideologischen Kolonialisierung» bezeichnet. Am Rande des Weltjugendtages in Polen beklagte er gegenüber Bischöfen, dass bereits Kinder mit der Gender-Ideologie konfrontiert würden: Ihnen werde in den Schulen beigebracht, dass sich jeder sein Geschlecht frei aussuchen könne. Damit werde die kirchliche Lehre in Zweifel gestellt, dass Gott Mann und Frau als seine Ebenbilder erschaffen hat.

Wie aus dem Vatikan verlautet, wird der nächste Weltjugendtag im Sommer 2019 in Panama stattfinden. In dem Zentralamerikanischen Land bekennen sich 85 Prozent der Bevölkerung zur katholischen Kirche.

Vatikan will den Piusbrüdern entgegenkommen

Äußerungen des Kurienerzbischofs Guido Pozzo zufolge will der Vatikan den Piusbrüdern offenbar deutlich entgegenkommen. In diesem Zusammenhang bekräftigt er u.a. seine Auffassung, bei Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils sei von einer «abgestuften Verbindlichkeit» auszugehen. Pozzo ist vatikanischer Sekretär der für die Piusbrüder zuständigen Kommission «Ecclesia Dei».

Nach den Worten des Erzbischofs setzt der Vatikan neben der Klärung lehrmäßiger Fragen verstärkt auf Vertrauensbildung: «Man weiß, dass das Leben mehr ist als Doktrin.» Dabei habe es zuletzt große Fortschritte gegeben, sagte er. Im Auftrag des Vatikan hätten ein Kardinal und vier Bischöfe die Seminare und Häuser der Priesterbruderschaft besucht. «So etwas gab es vorher nicht, aber das hat bei der Annäherung geholfen.»

Pozzo betonte, die Piusbruderschaft bekenne sich zu den zentralen Beschlüssen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965). Dazu gehörten beispielsweise die Lehre über die Sakramentalität des Bischofsamtes sowie «die Lehre über den Primat des Papstes und des Bischofskollegiums zusammen mit seinem Haupt».

Die Aussagen des Konzils über den interreligiösen Dialog, die Ökumene und die Religionsfreiheit haben nach den Worten des Erzbischofs dagegen einen geringeren Grad an Verbindlichkeit. «Dabei handelt es sich nicht um Glaubenslehren oder definitive Aussagen, sondern um Anweisungen oder Orientierungshilfen für die pastorale Praxis», so Pozzo. Die Piusbruderschaft tue sich mit diesen Aussagen schwer; über sie könne man aber auch nach einer kanonischen Anerkennung der Bruderschaft weiter diskutieren.

Pozzo bestätigte, dass ihr die Einrichtung einer sogenannten Personalprälatur nach dem Vorbild des Opus Dei in Aussicht gestellt worden sei. Der Generaloberer Bernard Fellay habe diesen Vorschlag akzeptiert, «auch wenn in den kommenden Monaten noch Details zu klären sind».

Papst Franziskus kündigte an, den Dialog mit der Bruderschaft fortsetzen zu wollen. Ungeachtet dessen nehmen die Piusbrüder weiter kirchenrechtlich unerlaubte Priesterweihen vor. Vor wenigen Wochen warf Fellay Papst Franziskus vor, Verwirrung und Irrtümern in der Lehre Vorschub zu leisten. (KNA)

Peru: Streit zwischen Bischöfen und Universität beigelegt

Das seit Jahren schwierige Verhältnis der Amtskirche zur katholischen Universität von Peru hat sich offenbar entspannt. Wie lateinamerikanische Medien berichteten, werden peruianische Bischöfe künftig wieder an den Sitzungen der Universitätsversammlung teilnehmen. Grund für die Wiederaufnahme der Beziehungen sei eine entsprechende Entscheidung von Papst Franziskus. Dieser hatte 2014 eine Kardinalskommission eingesetzt, um eine "einernehmliche endgültige Lösung" zu finden. Die Universität spricht auf ihrer Website von einer "exzellenten Nachricht". Dies sei der Beginn einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Hochschule und der Kirchenhierarchie.

Im Juli 2012 hatte der Vatikan der einzigen katholischen Universität Perus untersagt, sich weiterhin "päpstlich" und "katholisch" zu nennen. Hintergrund war dabei ein Konflikt um Leitungskompetenzen mit Limas Kardinal Juan Luis Cipriani Thorne. Die Aberkennung der Titel war der Höhepunkt eines Rechtsstreits um die Führung der 1917 gegründeten Hochschule. Das vatikanische Staatssekretariat begründete seinen Schritt damals unter anderem damit, dass die Universität bei ihren Tätigkeiten Kriterien folge, die "nicht mit der Disziplin und Moral der Kirche vereinbar" seien.

Vor 50 Jahren wurde der Index abgeschafft

Anlässlich des 50. Jahrestages der Abschaffung des INDEX der verbotenen Bücher erklärte der Münsteraner Kirchenhistoriker Hubert Wolf in einem Interview mit dem schweizerischen Wochenblatt „Tages Woche“, dass er nach der wissenschaftlichen Durchforstung des vatikanischen Inquisitions-Archivs zu dem „erstaunlichen Ergebnis“ gekommen sei, dass die römischen Glaubens- und Sittenwächter im Laufe von 400 Jahren „kaum einen Autor zensiert haben, den wir heute als Naturwissenschaftler bezeichnen würden. Nicht einmal Charles Darwin“.

Dagegen seien hauptsächlich theologische Werke auf den Index gesetzt worden, so Wolf. Beispielhaft für diese Empfindlichkeit der Zensoren sei ihr Umgang mit Erasmus von Rotterdam gewesen, der durch seine griechisch-lateinische Bibelausgabe 1516 Weltruhm erlangt hatte. Erasmus sei in den Augen der Kurie viel gefährlicher als Luther oder Calvin gewesen, welche als Häretiker gegolten hätten, von denen man nichts erwartete. Erasmus aber sei katholisch geblieben. Seine Ausgabe der Bibel, basierend auf dem Urtext, habe das katholische Selbstverständnis herausgefordert, alleine über den authentischen Bibeltext bestimmen zu dürfen. Wichtigster Leitsatz sei nämlich gewesen: Nicht die Bibel macht die Kirche, wie die Reformatoren sagen, sondern ohne Kirche gäbe es die Bibel gar nicht. Denn sie habe die Texte und den Kanon festgelegt. „Mit Erasmus“, so betont Hubert Wolf, „wird der originale Bibeltext zuungunsten der katholischen Auslegung aufgewertet, und das gilt in den Augen der Kirche als ein protestantisches Prinzip. Es ist nicht erstaunlich, dass im Index kein Buch öfters aufgelistet ist als die Bibel – nämlich alle nicht von Rom autorisierten Übersetzungen. Die letzte stammt erst aus dem Jahr 1904.“

Weltkirche in Trier

68 Priester aus 18 Ländern (Benin, Indien, Nigeria, Polen...) kamen in diesem Jahr ins Bistum Trier, um während der Ferienzeit ihre deutschen Mitbrüder in den Pfarreien zu vertreten.